3. Dem Abschluss der im Entwurf als Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. VIII/213 vorliegenden und mit dem Kreis Steinfurt abzuschließenden Planungs- und Bauvereinbarung wird zugestimmt.
-

Sachverhalt:

I. Ausgangslage

1. Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat in seiner Sitzung am 20. Juni 2007 zu der Schaffung eines überregionalen Radweges auf der stillgelegten Bahntrasse Coesfeld – Darfeld – Steinfurt – Rheine folgenden Beschluss gefasst:
 1. *Die Gemeinde Rosendahl stimmt zu, die stillgelegte Schienenstrecke Coesfeld – Steinfurt – Rheine zur langfristigen Trassensicherung gemeinsam mit dem Land NRW, der BahnflächenEntwicklungsGesellschaft (BEG), den anliegenden Kommunen und den Kreisen Coesfeld und Steinfurt in einen Kreisgrenzen übergreifenden Radweg umzuwandeln.*
 2. *Der Kreis Steinfurt übernimmt die Gesamtkoordination von Planung und Bau des Kreisgrenzen übergreifenden Radweges sowie die Beantragung der Fördermittel. Der Kreis Steinfurt wird des Weiteren bevollmächtigt, die Grunderwerbsverhandlungen auf der Grundlage der von der BEG erstellten Wertermittlungsgutachten zu führen und die Planung bis zur Beauftragung der Bauleistungen vorzubereiten.*
 3. *Die Gemeinde Rosendahl wird Eigentümerin der Bahnflächen des auf ihrem Gebiet verlaufenden Trassenabschnitts.*
 4. *Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch Fördermittel des Landes NRW. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreisgrenzen übergreifenden Projektes – sowohl für die langfristige Trassensicherung als auch für die regionale Tourismusförderung – wird der zu tragende Eigenanteil zu den Planungs- und Baukosten für Maßnahmen auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl von der Gemeinde Rosendahl übernommen. Die nicht durch Fördermittel gedeckten Grunderwerbskosten trägt der Kreis Coesfeld.*
2. Durch Vertrag vom 15. Dezember 2008 hat die Gemeinde Rosendahl von der BEG die auf dem Gebiet der gelegenen Grundstücksflächen der Bahnstrecke zur Gesamtgröße von 130.307 qm erworben. Der Grundstückskaufpreis ist am 30. November 2010 fällig; mit der Eigentumsumschreibung wird Anfang 2011 gerechnet.
3. Der I. Bauabschnitt (Rheine – Wettringen) wurde durch Zuwendungsbescheid vom 29. April 2009 bewilligt und im Wesentlichen im Jahre 2009 realisiert. Durch Zuwendungsbescheid vom 09. Dezember 2009 wurde der II. Bauabschnitt (Steinfurt – Horstmar) bewilligt; der Bauabschnitt wird voraussichtlich im Sommer 2011 fertiggestellt. Der III. Bauabschnitt (Laer – [Darfeld] – Billerbeck-Lutum) wurde durch Zuwendungsbescheid vom 20. September 2010 bewilligt. Die vorbereitenden Ausschreibungen für den III. Bauabschnitt sollen in Kürze beginnen, so dass mit der Baumaßnahme voraussichtlich etwa im März/April 2011 begonnen werden kann.

4. Für die Gesamtmaßnahme (Grunderwerb, Brückenmaßnahmen, Freischnitt, Radweg, Verknüpfungspunkte und Anpflanzungen) beträgt die Anteilsfinanzierung des Landes 75 v.H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Somit verbleibt ein Träger- bzw. Gemeindeanteil von 25 v.H. Der Träger(Gemeinde)anteil an den **Grunderwerbskosten** in Höhe von 25 v.H. wird vom Kreis Coesfeld aufgrund des sich für das Bauprojekt darstellenden überörtlichen Interesses (die Erhaltung des Streckenbandes [von Billerbebeck-Lutum bis Rheine] und die überregionale Bedeutung des sich entwickelnden touristischen Angebotes) getragen.
5. In mehreren Sitzungen des Gemeinderates wurde in den vergangenen Jahren jeweils über den aktuellen Sachstand umfassend berichtet. Darüber hinaus hat der Kreis Steinfurt bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2009 die seinerzeit aktuellen Planungen für den Bahntrassenradweg (einschließlich der notwendigen linienbezogenen Ausstattungsmerkmale und der punktuellen Maßnahmen im Bereich des Bahnhofsumfeldes) vorgestellt.

II. Vorstellung des Gesamtprojektes und der aktuellen Planungen

Ein Vertreter des Kreises Steinfurt wird in der Ausschusssitzung erneut einen aktuellen Bericht zu dem Bahntrassenradweg geben, der sich im Wesentlichen auf folgende Punkte beziehen wird:

- Sachstandsbericht zu dem gesamten Bahntrassenradweg Rheine – Billerbebeck-Lutum [– Coesfeld]
- Vorstellung der aktuellen Planungen einschließlich Verknüpfungspunkte für den Radweg auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl
- Zeitraum zur Durchführung der Gesamtmaßnahme (voraussichtlich März 2011 bis Sommer 2012 [ohne Anpflanzungen]) sowie der einzelnen Gewerke, und zwar etwa:

• Brückenmaßnahmen	=	Sommer 2011
• Freischnitt	=	Winter 2011/2012
• Bau Radweg und Verknüpfungspunkte	=	Frühjahr/Sommer 2012
• Anpflanzungen und Ersatzmaßnahmen	=	Herbst/Winter 2012/2013
- Entwicklung der Baukosten und deren Fälligkeiten
- Abschluss einer Planungs- und Bauvereinbarung mit dem Kreis Steinfurt.

III. Kosten und Finanzierung der Gesamtmaßnahme

1. Allgemeines

Wie bereits unter Ziffer I. Nr. 3. ausgeführt, beträgt die Anteilsfinanzierung des Landes für die Gesamtmaßnahme (Grunderwerb und Baukosten) 75 v.H. der förderfähigen Baukosten. Mit dem Kreis Steinfurt ist abgestimmt, dass nicht zuwendungsfähige Maßnahmen, die vollständig von der Gemeinde Rosendahl zu tragen wären, vermieden werden (vgl. § 2 Satz 2 des Vereinbarungsentwurfes [Anlage I]).

Nach dem Zuwendungsbescheid vom 20. September 2010 wurden für den III. Bauabschnitt – Maßnahmen auf dem Gebiet der Kommunen Laer, Rosendahl und Billerbeck – zuwendungsfähige Gesamtausgaben in Höhe von 2.842.300 € berücksichtigt. Hierdurch ergibt sich für die drei vorgenannten Kommunen eine Gesamtzuwendung in Höhe von 2.131.700 €.

Der Zuwendungsbescheid berücksichtigt für die Gemeinde Rosendahl förderfähige Gesamtausgaben (einschließlich Grunderwerb) in Höhe von 1.238.500 € und somit bei einem Fördersatz von 75 v.H. eine anteilige Zuwendung von 928.875 €.

Nach dem Zuwendungsbescheid ist die Bereitstellung des Zuwendungsbetrages in Höhe von insgesamt 2.131.700 € im Einzelnen für folgende Haushaltsjahre vorgesehen:

• Haushaltsjahr 2010	=	240.000 €
• Haushaltsjahr 2011	=	240.000 €
• Haushaltsjahr 2012	=	1.200.000 €
• Haushaltsjahr 2013	=	451.700 €

Die in dem Zuwendungsbescheid vorgenommene Verteilung der Landeszuwendung auf die vorstehenden Haushaltsjahre orientiert sich in starkem Maße an die beabsichtigte Zeitachse hinsichtlich der Abwicklung der einzelnen Maßnahmen und Gewerke des Gesamtprojektes, und zwar: 2010 = Grunderwerb, 2011 = Brückenmaßnahmen, 2012 = Radwegbau einschließlich Verknüpfungspunkte, 2013 = Anpflanzungen und Ersatzmaßnahmen). Diese zeitliche Identität zwischen Entstehung der Baukosten und Bereitstellung der Landeszuwendung ist bei den beiden zuvor bewilligten Bauabschnitten so nicht gegeben. Für den III. Bauabschnitt wird die zeitliche Nähe der Auszahlung der Landeszuwendung zur Entstehung der Baukosten aller Voraussicht nach nicht zu einer bedeutungsvollen Vorfinanzierung seitens des Kreises Steinfurt und damit zu einer Erhebung von Vorfinanzierungskosten zu Lasten der Gemeinde Rosendahl führen.

2. Grunderwerb

Die Grunderwerbskosten einschließlich aller Nebenkosten in Höhe von insgesamt rd. 233.500 € und deren vollständige Refinanzierung (75 v.H. Landeszuwendung und 25 v.H. Kreis Coesfeld) sind im Haushalt 2010 der Gemeinde Rosendahl bei dem Produkt 11/01.016 – Grundstücksmanagement (Haushalt Seite 121) veranschlagt. Dabei ist in der Einnahme die Landeszuwendung in Höhe von rd. 175.000 € mit jeweils 1/4 für die Jahre 2011 bis 2014 berücksichtigt (Planungszeitraum 2011 bis 2013) bzw. vorgesehen (für 2014).

Mit Rücksicht darauf, dass zuwendungsfähige Baukosten für den III. Bauabschnitt in diesem Jahr nicht mehr erwartet werden, wurde mit dem Kreis Steinfurt vereinbart, dass die für das Haushaltsjahr 2010 zugewiesene Landeszuwendung in Höhe von 240.000 € vollständig abgerufen und für die bisher entstandenen Grunderwerbskosten der beteiligten Kommunen aufgeteilt und verwendet wird. Das bedeutet, dass die Landeszuwendung für den Grunderwerb der Gemeinde Rosendahl bereits in 2010 nahezu vollständig vereinnahmt werden kann, da neben Rosendahl lediglich der Gemeinde Laer Grunderwerbskosten in diesem Jahr entstehen (Billerbeck erst Anfang 2011).

Die veranschlagte Erstattung des Trägeranteils durch den Kreis Coesfeld in Höhe von rd. 58.360 € ist für 2010 berücksichtigt und kann auch entsprechend realisiert werden.

3. Baumaßnahme

Auf der Grundlage des geprüften Zuwendungsantrages und des damit einhergehenden Zuwendungsbescheides vom 20. September 2010 betragen die Gesamtbaukosten (ohne Grunderwerbskosten) für die Gemeinde Rosendahl 1.300.500 €. Unter Berücksichtigung nicht förderfähiger Planungskosten in Höhe von 62.000 € und einer Landeszuwendung von 928.875 € (75 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 1.238.500 €) verbleibt ein von der Gemeinde Rosendahl zu tragender Trägeranteil von 371.625 €.

Im Haushalt 2010 der Gemeinde Rosendahl ist bei dem Produkt 57/12.001 – Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen (Haushalt Seite 347) für die Baumaßnahme ein Trägeranteil von insgesamt 333.500 € veranschlagt. Auf der Grundlage der nach Absatz 1 dargestellten Gesamtbaukosten ergibt sich demzufolge für die Gemeinde Rosendahl als Trägeranteil ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von 38.100 €. Die Gründe für den weiteren Finanzbedarf sind im Wesentlichen:

- Mit dem Zuwendungsgeber konnten Absprachen dahingehend getroffen werden, dass die entstehenden Kosten für eine dauerhafte Sanierung der im II. und III. Bauabschnitt vorhandenen Brückenbauwerke zuwendungsfähig sind. Hierdurch werden einerseits für die Gemeinde in den nächsten Jahrzehnten wesentliche Folge- bzw. Unterhaltungskosten für die Brückenbauwerke vermieden; andererseits steht der Gemeinde der seitens der BEG gewährte Brückenzuschuss ohne besondere Zweckbindung zur Verfügung.

Für die Mittelbereitstellung im Haushalt 2010 konnte der Kreis Steinfurt im Herbst 2009 lediglich Kostenberechnungen auf der Grundlage des Ausschreibungsergebnisses für den I. Bauabschnitt erstellen, das jedoch Brückensanierungen nicht vorsah, da Brückenbauwerke in diesem Teilabschnitt nicht vorhanden sind. Sowohl die Ausschreibungsergebnisse für die notwendigen Sanierungen der Brückenbauwerke im II. Bauabschnitt als auch die zwischenzeitlich für die Rosendahler Brückenbauwerke vorliegenden Sanierungsgutachten konnten für den Zuwendungsantrag des III. Bauabschnittes Berücksichtigung finden. Hierdurch ergibt sich aber nunmehr gegenüber der Kostenschätzung und Veranschlagung mit einem Trägeranteil von 25 v.H. ein zusätzlicher Finanzbedarf von rd. 25.000 €.

- Die genehmigten zuwendungsfähigen Kosten berücksichtigen eine Anbindung der Straße „Am Spielberg“ an den Bahntrassenradweg (mit Übergang zum Bahnhof und zur Straße „Am Bahnhof“). Hierdurch entsteht als Trägeranteil ein zusätzlicher Finanzbedarf von ca. 5.000 €.
- Die genehmigten zuwendungsfähigen Kosten berücksichtigen eine 3 %ige Sicherheit für Unvorhergesehenes. Dies entspricht als Trägeranteil einem zusätzlichen Finanzbedarf von ca. 8.000 €.
- Seitens des Kreises Steinfurt wurden Planungskosten von insgesamt 600.000 € berücksichtigt, die seitens der Gemeinde Rosendahl entsprechend der anteiligen Streckenlänge zur Gesamtlänge des Bahntrassenradweges mit 14,52 % (5,45 km von 37,53 km) zu finanzieren sind. Die Planungskosten berücksichtigen derzeit noch eine Kostenreserve von rd. 30.000 €, die bei der ursprünglichen Kostenschätzung zunächst nicht berücksichtigt wurde. Hierdurch entsteht gegenüber der bisherigen Planung für die Gemeinde Rosendahl zusätzlicher Finanzbedarf von rd. 4.000 €.

Der Vertreter des Kreises Steinfurt wird die einzelnen Kostenpositionen, die zu dem zusätzlichen Finanzbedarf führen, in der Sitzung erläutern.

Bereits an dieser Stelle ist noch zu erwähnen, dass in Gesprächen mit dem Kreis Steinfurt erreicht werden konnten, dass Kosten für die Bauleitung der Maßnahme (für Rosendahl und Billerbeck also außerhalb des Kreisgebietes Steinfurt), die durch den Kreis Steinfurt durchgeführt wird und nicht zuwendungsfähig sind, nicht berechnet werden und hierdurch weiterer Finanzbedarf für die Gemeinde Rosendahl in Höhe von rd. 20.000 € vermieden wird.

Der nach den geprüften Antragsunterlagen und anerkannten zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Gemeinde Rosendahl entstehende zusätzliche Finanzbedarf in Höhe von gerundet 38.500 € ist im Haushalt 2011 für den Planungszeitraum der Maßnahme (Haushaltsjahre 2011 bis 2013) bereitzustellen.

Der bisher im Haushalt 2010 bereitgestellte Finanzbedarf in Höhe von insgesamt 333.500 € wurde mit einem Anteil von 51.900 € für 2010 (lediglich Planungskostenanteil) und mit dem verbleibenden Restbetrag von 281.600 € für 2011 berücksichtigt. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass der Durchführungszeitraum der gesamten Maßnahme zeitlich gestreckt werden wird und dabei der größte Kostenbock für die Radwegebaumaßnahme selbst und für die damit verbundenen Verknüpfungspunkte erst 2012 anfällt, werden sich die Kostenerstattungen an den Kreis Steinfurt zeitlich verschieben und voraussichtlich wie folgt auf die einzelnen Haushaltsjahre verteilen:

• Haushaltsjahr 2010	=	49.600 €
• Haushaltsjahr 2011	=	72.000 €
• Haushaltsjahr 2012	=	160.000 €
• Haushaltsjahr 2013	=	<u>90.025 €</u>
Gemeindeanteil insgesamt	=	371.625 €.

Im Haushalt 2011 werden die vorgenannten Teilbeträge entsprechend veranschlagt.

IV. Abschluss einer Planungs- und Bauvereinbarung mit dem Kreis Steinfurt

Mit dem Kreis Steinfurt ist kurzfristig eine entsprechende Planungs- und Bauvereinbarung zu schließen, da bereits zum Jahresende die Ausschreibung der Maßnahmen für den III. Bauabschnitt in Angriff genommen werden soll. Der Entwurf der mit dem Kreis Steinfurt abgestimmten Vereinbarung ist als **Anlage I** der Sitzungsvorlage beigefügt.

Der Vereinbarungsentwurf enthält im Wesentlichen zusammengefasst den Inhalt des zuvor dargestellten Sachverhaltes; insoweit wird auf eine Erläuterung zu dem Vertragsinhalt verzichtet.

V. Stellungnahme des Kämmerers

Dem Bau des Bahntrassenradweges liegt eine abgeschlossene politische Willensbildung zugrunde (siehe hierzu auch Ausführungen zu Ziffer I.). Dem entsprechend sind die erforderlichen Veranschlagungen für den Grunderwerb und die Baumaßnahme selbst, die hierzu zu erwartenden Zuwendungen Dritter (Land, Kreis) und die sich ergebenden Folgekosten im Haushalt 2010 bereits berücksichtigt.

Die sich gegenüber der Haushaltsplanung nunmehr ergebenden Veränderungen beziehen sich insbesondere auf

- den Zeitpunkt des Liquiditätszuflusses der Landeszuwendungen für den Grunderwerb (siehe Ziffer III. Nr. 2, zweiter Absatz)
- den zusätzlichen Finanzmittelbedarf in Höhe von 38.100 € für die Abdeckung des voraussichtlich zusätzlichen Eigenanteils an der Baumaßnahme (siehe Ziffer III. Nr. 3) und
- die Veränderung der Fälligkeit von Teilbeträgen für die Baumaßnahme aufgrund der zeitlichen Streckung der Maßnahme (siehe Ziffer III. Nr. 3, vorletzter Absatz).

Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept (HSK) ist festzustellen, dass

1. die gegenüber der Haushaltsplanung 2010 frühere Realisierung der Landeszuwendungen für den Grunderwerb und die Streckung der Zahlungsabflüsse für die Baumaßnahme in liquiditätsmäßiger Hinsicht Verbesserungen gegenüber der Haushaltsplanung 2010 darstellen und
2. der erhöhte Finanzierungsbedarf für die Baumaßnahme (= + 38.100 €) die künftigen Haushaltsjahre zwar mit zusätzlichen Abschreibungen in Höhe von jährlich rd. 700 € belastet, in Höhe des zusätzlichen Finanzierungsbedarfes jedoch Zuwendungen aus der allgemeinen Investitionspauschale zur Verfügung stehen, die im Gleichschritt mit den Investitionskosten aufgelöst werden und somit den erhöhten Aufwand neutralisieren.

Die Konsolidierungsziele des HSK werden daher durch die vorstehenden Veränderungen nicht gefährdet.

VI. Zuständigkeit

Nach § 3 Ziffer II. Nr. 2 der derzeit gültigen Zuständigkeitsordnung ist der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss für alle Entscheidungen des Produktes 57 „Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen“ zuständig, soweit nicht der Rat zuständig ist.

Mit Rücksicht auf die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen ist der Gemeinderat für die zusätzliche Mittelbereitstellung im Haushalt 2011 und für die Entscheidung über den Entwurf der mit dem Kreis Steinfurt abzuschließenden Planungs- und Bauvereinbarung zuständig.

In Vertretung:

Gottheil
Allgemeiner Vertreter

Isfort
Kämmerer

Niehues
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I - Entwurf einer mit dem Kreis Steinfurt abzuschließenden Planungs- und Bauvereinbarung